

Fürth, den 5. Dezember 2023

## **Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN 2023**

Um es kurz zu machen .... ja, auch wir als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgen der Haushaltslogik der Kämmerin: Wir müssen sparen. Die Zahlen lassen uns fast keine andere Wahl. Die Herausforderungen sind leider keine abstrakte Zukunft – sie definieren längst unsere Gegenwart, unser heutiges Handeln.

Allerdings sehen wir einen großen Unterschied zwischen dem privaten Sparen und dem einer Kommune. Für einen Privathaushalt mag es einleuchtend sein, wenn man sagt: „Ich habe zu hohe Schulden, also muss ich sparen“. Doch für eine Kommune hat dieser Vorsatz weitreichende Folgen: Sparen um des Sparens willen ist volkswirtschaftlich eine Sackgasse und geht nur zu Lasten zukünftiger Generationen. Wenn die Kommune ihre Ausgaben verringert, indem sie die Mittel für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbau kürzt oder gar einstellt – dann hat das zwangsläufig Auswirkungen auf der Einnahmenseite – z.B. durch verminderte Gewerbesteuereinnahmen, höhere Sozialausgaben oder verzögerte Investitionen. Deshalb müssen Staat und Kommune gerade in Zeiten der Krise auch immer in die Zukunft investieren... Wir müssen Mittel für die Erneuerung ausgeben, um der Klimakrise entschieden entgegenzutreten und die lokale Wirtschaft in der Transformation für kommende Herausforderungen zu unterstützen. Wir brauchen finanzielle Mittel für die Menschen in unserer Stadt für ein solidarisches Miteinander und Mittel gegen die Unsicherheit und dumpfen Parolen von rechts, die die Menschen nur in Pseudo-Kategorien wie z.B. Gewinner und Verlierer einsortieren und gegeneinander ausspielen.

Deshalb sind auch die vielfältigen Angebote von caritativen und sozialen Einrichtungen, aber auch von Kultur und Soziokultur so wichtig für eine intakte Stadtgesellschaft. Ein Dank an dieser Stelle an alle, die sich hier ehrenamtlich oder beruflich jeden Tag aufs Neue engagieren.

Aber die aktuelle Inflation, die gestiegenen Energiepreise u.a. durch den Angriffskrieg Putins auf die Ukraine und der Fachkräftemangel haben nicht nur den städtischen Haushalt zum Straucheln gebracht, nein – es hat vor allem die caritativen, sozialen, künstlerisch und ehrenamtlich tätigen Dienste und Einrichtungen schwer getroffen. Während früher viele Einrichtungen eher projektbezogene Mittel aus dem städtischen Haushalt beantragt haben, geht es heute fast ausnahmslos um Zuschüsse zu den laufenden Betriebs- und Personalkosten. Denn die Einrichtungen stehen mit dem Rücken an der Wand. Doch die Arbeit dieser Einrichtungen sorgt nicht nur für einen sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft – nein – sie entlastet auch den städtischen Haushalt an vielen Stellen. Deshalb ist Haushaltspolitik immer auch eine Frage der gerechten Verteilung von Ressourcen und finanziellen Mitteln. So tragen wir, größtenteils in guter Gesellschaft mit den anderen hier vertretenen demokratischen Parteien den gemeinsamen Konsens mit, auch weiterhin zusätzliche finanzielle Mittel z.B. für die gerade genannten Einrichtungen in Fürth zur Verfügung zu stellen.

Deutlich mehr Unterstützung hatten wir uns als Fraktion allerdings im Stellenplan gewünscht. Auch wenn dieses Jahr wieder neue Stellen geschaffen werden, so reichen diese bei Weitem nicht aus, um die Fülle der Aufgaben in den Dienststellen zu bewältigen. Hier geht es nicht nur um die negativen Folgen für die Mitarbeitenden in Form von vielen Überstunden. Der zum Teil hausgemachte (!) Personalmangel in der Fürther Verwaltung hat schwer wiegende und teure Folgen: Nach wie vor können viele Aufgaben nicht zeitnah bearbeitet werden. Zu wenig Personal! Anträge in den Ämtern bleiben unnötig lange liegen, viele Planungen und Konzepte brauchen deutlich länger als benötigt. So werden die Menschen und die Wirtschaft in Fürth ausgebremst. Förderanträge werden zu spät oder gar nicht gestellt und die entsprechenden Mittel gehen verloren.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen - auch das gehört zur Wahrheit dazu – Wie wir erst vor kurzem schmerz-lich zur Kenntnis nehmen mussten, können im Extremfall sogar Rechnungen nicht fristgerecht gestellt werden. Der Stadt Fürth ist dadurch ein vollkommen unnötiger finanzieller Schaden im sechsstelligen Bereich entstan- den – in Zeiten knapper Kassen ist so etwas noch viel bitterer.

Auch für Klimaanpassungsmaßnahmen oder für Transformationsprozesse, wie z.B. die Mobilitätswende gibt es zu wenig Personal– gemessen an dem Tempo, das es für den Umbau bräuchte.

Baureferat und Sozialreferat haben in diesem Jahr erstmals für uns Stadträte und Stadträtinnen sichtbar ge- macht, welchen tatsächlichen Bedarf sie alleine für ihr jeweiliges Referat noch sehen. Obwohl auch hier Stel- len aufgebaut wurden und werden, fehlen in diesen beiden Referaten aktuell ca. 30 Vollzeitkräfte für notwen- dige Aufgaben in der Stadtverwaltung. Der Stellendeckel ist nicht nur für die Referate und das vorhandene Personal bitter, nein – es ist auch politisch wie finanziell bitter. Bei den nicht geschaffenen Stellen handelt es sich u.a. um Personal für Wohngeld, das viele in Fürth dringend benötigen, Psychologen im Bereich der Ju- gendarbeit und zusätzliches Personal für die Unterbringung von geflüchteten Menschen. Im Baureferat fehlen Mitarbeitende im Bereich Bauaufsicht und Baukontrolle sowie für die Mobilitätswende in der Verkehrsplanung. Immerhin sind im Amtsbudget der Stadtplanung doch noch die Planungskosten für die Bearbeitung der Bebau- ungspläne mit aufgenommen worden – auf Antrag der GRÜNEN, aber auch der CSU. Sonst wären weitere mas- sive Beeinträchtigungen zu befürchten gewesen. Hierfür jetzt schon einmal ein Dankeschön an die Kämmerei.

Doch wenn wir schon beim Thema Bau sind: Es ist sehr erfreulich, dass wir gemeinsam ein immenses Investiti- onsprogramm in Höhe von 300 Mio Euro für den Ausbau der Grund- und Mittelschulen auf den Weg gebracht haben. Für die drei Gymnasien– eigentlich müssten wir mit dem neuen Gymnasium am alten Schliemann- standort inzwischen von vier sprechen – sind weitere 200-300 Mio Euro verplant, sodass in den nächsten Jah- ren in Fürth rund eine halbe Milliarde Euro in die Bildung fließt. Das ist gut so. Möglich ist es, weil der Unter- halt der Schulen eine kommunale Pflichtaufgabe ist. Die Frage ist nun, warum nicht auch der Klimaschutz end- lich zur kommunalen Pflichtaufgabe erklärt wird, wie es z.B. der Deutsche Städtetag seit Jahren fordert. Dann könnten künftig nicht nur für den Bildungsbereich dreistellige Millionensummen ausgegeben werden, sondern auch entsprechende Summen in den Klimaschutz und die Mobilitätswende investiert werden. Hier werden die Kommunen oft finanziell alleine gelassen – und das Ergebnis ist dementsprechend durchwachsen bei der an- gespannten Haushaltsslage.

Doch zurück zu den Schulen. Wir als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen diese Investitionen in die Bildung und sind auch diesen Weg proaktiv gemeinsam mit der Stadtspitze mitgegangen, auch wenn wir dafür zum Teil sehr schmerzhaft Kompromisse eingehen mussten. Die jüngsten Fällungen der Bäume entlang der Jakobinenstraße sind für uns nur schwer zu ertragen. Doch wir haben diese Entscheidung mitgetragen, da im Gegenzug ohne unser Mitwirken der Neubau des Helene-Lange-Gymnasiums vermutlich nicht so ökologisch und klimaschonend ausgefallen wäre – angefangen von der Belüftungssituation über die Energie- und Hei- zungsanlage und die Dämmung bis hin zur Dach- und Fassadengestaltung.

Aber – liebe Kolleginnen und Kollegen – so erfreulich der Ausbau der Grund- und Mittelschulen sowie der Gymnasien ist –die erneute Verschiebung der Generalsanierung der Berufsschule II in der Theresienstraße ist richtig ärgerlich! Gerade in einer Zeit, in der die Wirtschaft den Fachkräftemangel beklagt, in der es an Hand- werkerinnen und Handwerkern in Mittelstand und kleinen Firmen mangelt – in so einer Zeit erneut die Berufs- schule hinten runterfallen zu lassen, ist ein Skandal! Längst zugebilligte Planungen werden weiter und weiter nach hinten geschoben, ohne eine Perspektive auf eine wenigstens mittelfristige Umsetzung. Obwohl sich auch Gremien wie der Wirtschaftsbeirat und die IHK-Fürth mit uns GRÜNEN und anderen politischen Parteien immer wieder dafür eingesetzt haben, dem baulich katastrophalen Zustand endlich ein Ende zu bereiten, ist von den Versprechungen der Vergangenheit immer noch nichts zu sehen! Stattdessen wird ein viertes Gymna- sium errichtet, das bis vor drei Jahren noch nicht einmal als notwendig erachtet wurde. Diese Planungen wir- ken fast willkürlich.

Auch eine weitere Fürther Eigenheit ist uns als Fraktion schon in den vergangenen Jahren aufgefallen: Einfache bauliche Maßnahmen, wie z.B. das Abdichten des Dachs einer Sporthalle, werden von Jahr zu Jahr weitergeschoben, bis der Schaden irgendwann so groß ist, dass er nicht mehr für kleines Geld behoben werden kann, sondern weitaus teurere Maßnahmen unabwendbar werden. Hier würden wir uns eine sinnvollere Vorgehensweise wünschen, die zwar kurzfristig mit Kosten verbunden ist, auf lange Sicht jedoch deutliches Einsparpotenzial hat.

Auch in diesem Jahr haben wir uns als GRÜNEN-Fraktion nicht nur überlegt, an welchen Stellen wir Gelder ausgeben wollen, sondern auch wieder nach Möglichkeiten gesucht, Mittel einzusparen. Als erstes schlagen wir die ersatzlose Streichung eines Projekts vor, das aus unserer Sicht wenig funktionellen Mehrwert bietet. Gleichzeitig wird massiv in ein ökologisch sensibles Gebiet eingegriffen - ohne Not! Und die aktuell veranschlagten Kosten von 2,5 Mio Euro erscheinen uns zudem angesichts der topografischen Lage in einem ökologisch hochwertigen und sensiblen Umfeld völlig unrealistisch! Ich spreche von der neuen Uferpromenade an der Wolfsgrubermühle. Das mag vielleicht eine schöne Idee sein, aber völlig losgelöst von der Frage der ökologischen Machbarkeit ist in Zeiten der viel zitierten knappen Kassen wirklich kein Platz für Nice-to-have-Projekte. Die notwendige Neugestaltung des Pegnitzquartiers würde auch funktionieren, wenn man NICHT mehrere Millionen in das unnötige Prestigeprojekt Uferpromenade pumpt, sondern diesen Teil einfach weglässt. Eine Anpassung der Planungen für das Pegnitzquartier ist nach unserer Meinung ohnehin nötig, da das neue vierte Gymnasium in der Projektplanung berücksichtigt werden muss. Zum Zeitpunkt des Ideenwettbewerbs war nämlich eine gänzlich andere Nutzung des heutigen Schliemann-Gymnasiums inklusive Eichamt vorgesehen. Der Raumbedarf am Helm- und Kissingerplatz hat sich dadurch deutlich verändert.

Wie bereits im letzten Jahr, sprechen wir ein weiteres Projekt erneut an, das für uns keinen Sinn ergibt und wo wir enormes Einsparpotenzial sehen: es geht um die Brücken im Stadtwesten über den Main-Donau-Kanal. Ich möchte an dieser Stelle noch mal in Erinnerung bringen, dass die Millionenstadt Köln mit gerade einmal acht Straßenbrücken über den Rhein im gesamten Stadtgebiet auskommt. Wenn es mit Fürth vergleichbare Städte sein sollen, wäre Würzburg mit sieben oder Erlangen mit nur drei Brücken zu erwähnen. Fürth hat alleine über den Kanal 10 Brücken – also deutlich mehr als Köln, Würzburg oder Erlangen. Mir ist nicht bekannt, dass in Köln, Würzburg oder Erlangen mehr Menschen sterben, weil die Rettungskräfte einen Stadtteil nicht rechtzeitig erreichen können, oder dass die örtliche Wirtschaft deshalb einen größeren Schaden nimmt, weil die Belieferung unter deutlich erschwerten Bedingungen stattfinden würde – wegen einer fehlenden Brücke. Im Fürther Stadtwesten liegen drei Brücken jeweils in Sichtweite – also im Abstand von gerade einmal 200-300 Metern! Man könnte viele, viele Millionen einsparen, wenn man auf eine dieser Brücken verzichtet. Ersatzbrücken, für die es oft keinerlei Förderung gibt, müssten erst gar nicht gebaut werden, die Folgekosten für den Unterhalt würden komplett wegfallen, ebenso die folgenden Sanierungen und in weiterer Zukunft in einigen Jahrzehnten der erneut nötige Ersatzbau. Und ja – natürlich müsste man sorgfältig planen, wie künftig nach dem Abriss mindestens einer dieser Brücken die Verkehrsströme fließen sollen. Aber lasst uns das doch wenigstens ernsthaft ergebnisoffen prüfen – bevor wir einfach zweistellige Millionensummen für den Bau einer neuen Brücke ausgeben – wohlgerne vor dem Hintergrund der knappen Kassen!

Das waren jetzt nur zwei Projekte, die immerhin das diesjährige Defizit der Stadt Fürth fast halbieren könnten. Wir könnten auch noch über die Zirndorfer Brücke sprechen, die größtenteils nur dem Landkreis dient. Trotzdem will sich der Landkreis in keiner Weise daran beteiligen - genau wie beim Klinikum Fürth. Da gibt der Landkreis auch seit Jahrzehnten den Schwarzen Peter an die Stadt Fürth ab und sitzt das Problem einfach aus. Das ist moralisch sehr fragwürdig. Wenn ich mir heute was vom neu gewählten Landrat Obst wünschen dürfte – dann, dass wir zeitnah in Gespräche eintreten, wie auch der Landkreis Fürth sich seiner Verantwortung stellt – z.B. in einem gemeinsam gegründeten kommunalen Zweckverband. Immerhin kommen knapp 40 Prozent der Patientinnen und Patienten am Klinikum Fürth aus dem Landkreis. Das wäre nicht nur fair im Umgang miteinander – sondern würde auch zu mehr Gerechtigkeit bei der Kostenverteilung führen.

Wir haben auch eine andere Lösung für ein geplantes Projekt, das schon wieder zu Grabe getragen wird, bevor es überhaupt ausdiskutiert wurde – zumindest, wenn man den Interviews des Oberbürgermeisters in den Medien Glauben schenken kann. Ich spreche vom geplanten Abfallwirtschaftszentrum an der Rezatstraße am Hafen. Obwohl der Bedarf vollkommen unstrittig ist und die Gegenfinanzierung langfristig über den Gebührenhaushalt gesichert ist, soll das Projekt aus Kostengründen beerdigt werden. Gegenvorschlag von unserer Fraktion – lassen Sie doch das Gebäude von einem externen Dritten errichten, z.B. einer städtischen Tochter, und mieten sie das Gebäude z.B. über Erbpacht für die nächsten 25 bis 30 Jahre an. Im Anschluss kann der Kauf des Gebäudes zum Restwert vertraglich vereinbart werden. Damit sparen wir als Kommune in der aktuellen angespannten Situation die Investitionskosten – bekämen aber im Gegenzug trotzdem das dringend benötigte Abfallzentrum nach eigenen Plänen und Vorgaben.

Es gibt Lösungen – trotz knapper Kassen! Dafür muss man allerdings den Blick dafür schärfen, wie die Welt aktuell ist, und nicht nur die Augen dafür offen haben, wie man sie gerne hätte. Eine marode Infrastruktur und ein gewaltiger Finanzierungsstau sind die WAHRE Hypothek für nachfolgende Generationen. Deshalb müssen bei der Frage, wie man die vorhandenen Mittel verteilt, auch kreative Lösungen gefunden werden. Wir als Politik haben den klaren Auftrag, das zu steuern. Das heißt, wir müssen erkannte Notwendigkeiten in gesellschaftliche Möglichkeiten verwandeln und das in den Haushalt übersetzen.

Lasst uns gemeinsam Möglichkeiten entwickeln – denn eins ist auch klar – Stillstand hat noch nie etwas bewegt.